

## Solidarisch gegen den NPD-Aufmarsch

**Ulm.** Die beiden Oberbürgermeister Ivo Gönner (Ulm) und Gerold Noerenberg (Neu-Ulm) und die DGB-Vorsitzenden Wolfgang Klook (Ulm-Biberach) und Werner Gloning (Allgäu-Donau-Iller) hatten gerufen. Mehr als 200 Vertreter von Schulen, Kirchen, Parteien, Organisationen und Vereinen waren dem Ruf gefolgt, sie drängten sich im DGB-Haus auf dem Weinhof, etliche, die drinnen keinen Platz fanden, standen vor der Tür. Anlass war der beantragte Aufmarsch des NPD-Nachwuchses am 1. Mai. Die Jungen Nationaldemokraten wollen unter dem Motto „Aufruhr im Paradies – Eine Jugend stellt sich quer“ parallel zur DGB-Maikundgebung durch Ulm marschieren.

Klar wurde gestern Abend eines: Die Neonazis sind in Ulm unerwünscht – nicht nur am 1. Mai. Beschlossen wurde eine Resolution, deren Text die Oberbürgermeister und DGB-Chefs schon im Vorfeld formuliert hatten. Darin sprechen sich alle demokratischen Kräfte in Ulm und Neu-Ulm gegen die geplante NPD-Veranstaltung aus. Wörtlich heißt es: „In unseren Städten ist kein Platz für Aktionen rechtsextremer Parteien.“ Weil eine Demokratie wehrhaft sein müsse, sei es auch die Aufgabe aller, sie zu schützen. Deshalb müsse der Rechtsextremismus mutig und mit rechtsstaatlichen und demokratischen Mitteln bekämpft werden. edru